Heute „Welt-Spiegel"

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer 300 M.

Erscheint wöchentl. zwölfmal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: Sonntags „Der Weltspiegel", Dienstags „Modenspiegel", Mittwochs „Technische Rundschau", Donnerstags „Sportspiegel", Freitags Bildblatt „ULK", Sonnabends „Haus Hof Garten". Bezugspreis: Für den Monat März M. 8000.— einschl. Zustellg. d. die Botenfrau, Ausl. auschl. Postaufschl. bezw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug d. die Hauptexped., Berlin SW. 19, u. d. die Postanstalten in Deutsch-Oesterr., Tschechoslowak., Ungarn, der Schweiz, Luxemburg, Belgien, Frankreich, d. Niederl., Dänemark, Schwed., Norweg., Finnland, Lettland, Estland; für alle übrig. Staaten ist d. Bezug nur mit Kreuzb. d. die Exped. d. Bl. mögl. Abonnementspreiserhöhungen währt. d. Bezugszeit vorbehalt. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks hab. uns. Bezieh. kein. Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entspr. Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46—49 u. den Filialen. (Fernspr.: Dönhoff 3446—3455, für den Fernverkehr 4207—4209.) Telegr.-Adr.: „Berliblä", Berlin. — Rudolf Mosse-Code. Insertionspreis: Die 12gespalt. Zeile M. 2500.—, Familien-Anzeigen M. 600.—, Nachrufe nach üblichem Tarif. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben od. an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46/49. Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 33; Zimmerstr. 59; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenick. Str. 67/68; Rathenow. Str. 3; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstr. 9; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286 u. 346; Blücherstr. 69; Fidicinstr. 9; Wiener Str. 1/6; Greifswalder Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Lauenzienstr. 2; Kantstr. 54; Schorrenstr. 39; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Straße 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Straße 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau, Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 23; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Straße 47; Stettin: Paradeplatz 4.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 107 (Ausgabe für Berlin)

und Handels-Zeitung

Sonntag, 4. März 1923

52. Jahrgang

Das Fell des Bären.

Von unserem ins Ruhrgebiet entsandten Sonderkorrespondenten

Paul Scheffer.

Im Ruhrgebiet, 3. März.

„Das Fell des Bären." Ein abgebrauchter Vergleich, aber ein vorzüglicher. Nirgendwo kann man die Diskussion, die sich in Paris über die Beteiligung oder Nichtbeteiligung Englands an dem französischen Raub an der Ruhr, wenn er erst unter Dach und Fach sei, entwickelt hat, weniger verstehen als im Ruhrgebiet selbst. Es scheint, daß man sich in Paris nicht mehr mit diesem ruhmreichen Spaziergang selbst beschäftigen möchte. Die Phantasie bewegt sich lieber in den Gefilden der hohen Politik, wo die Dinge sich weniger hart im Raume stoßen, auch wenn es an Gedanken überhaupt fehlt. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Franzosen an ihrem Ziele, die Ruhr zu nehmen, weiter festhalten. Ihr Ziel ist ihnen ebenso klar, wie ihnen die Mittel dazu unklar sind. Das Kujonieren der Bevölkerung geht zwar ins Unglaubliche, aber ein Massenexzeß, der allein eine Rolle spielen kann, wenn man schon so, auf diese unmenschliche Weise verfährt, wird nicht erreicht.

Gestern stand Bochum vor einer ernsten Nahrungsmittelkrise infolge der letzten Absperrung. Heute hat sich die Behinderung des Verkehrs und des Verkaufs wieder gelockert. Dafür eine große militärische Aktion in Gelsenkirchen mit 6000 Mann aller klirrenden Waffengattungen und Zerstörung der Schutzorganisationen. Zugegeben, daß diese Manier des französischen Militarismus, seine unerwünschte Gegenwart fühlbar zu machen, sich einige Zeit und sogar monatelang fortsetzen läßt. Aber ändert das etwas daran, daß die Franzosen im Ruhrgebiet nur „Macht" besitzen und sonst nichts, aber auch gar nichts? Daß sie jeden Tag das Wasser, das nicht weniger wird, mit dem Sieb schöpfen? Aendert es etwas daran, daß die Erbitterung im Lande nur wächst, daß die Arbeit, die an dieser arbeitsreichsten Stätte Europas geleistet wird, nicht abnimmt, daß eine beispiellose Einigkeit und Einheit zwischen Kapital und Arbeit besteht, und daß beide Teile mit gleichem Stolz davon sprechen? Die Franzosen sind da und sie sind doch nicht da, und wenn sie sagen, daß jetzt „ihr Schützengrabenkrieg" begonnen habe, so kann man ihnen antworten, daß diese Schützengräben überall aber auch nirgends sind. General Fournier befindet sich in Essen. Hier ist der Kontakt „mit dem Schlachtfeld". General Degoutte befindet sich schon in Düsseldorf. In diesem Augenblick ist Düsseldorf sehr weit vom Ruhrgebiet entfernt, überflüssig auszurechnen, wie weit. Von dort aus noch mehr als aus der Essener Einsamkeit lassen sich Maßregeln, Truppenbewegungen und andere Aktionen der Bezwingung ungehindert von der Wirklichkeit kommandieren. Umfassungsmanöver zur Einkreisung der Geldschränke und Bodenschätze, tagaus, tagein, Ausdenken von Befehlen, die gleich ebensoviele Luftstöße sind. Monatelang kann man dieses Gebiet mit solchen Maßnahmen peinigen, aber ohne die geringste Kontrolle zu haben, wie sie wirken und ob sie wirken. Rund um das Hauptquartier im rheinischen Düsseldorf sitzen, weit von Bochum und Gelsenkirchen, die meisten ausländischen Korrespondenten, weil sie dort die offiziösen Nachrichten erhalten. Was Uebles und Böses im Ruhrgebiet geschieht, wird als eine Erfindung deutscher Propaganda bezeichnet. Das Ruhrgebiet mit seiner jeden Tag wieder erstehenden, ingrimmigen, still entschiedenen und still bewiesenen Entschlossenheit, „Franzosen nicht durchzulassen", ist weit von allem entfernt. Niemand wird glauben, daß der Dirigent in Düsseldorf seine Aufgabe leicht nehme oder finde. Aber wenn er nicht ein übermenschliches Wesen ist, muß er sich dort schon erheblich größere Illusionen über diesen grotesken Krieg machen als irgend ein Hauptmann im Essener Telegraphenkontor. In Düsseldorf sieht man nicht die Gesichter, die man hier sieht. Aber in Paris scheint man sich überhaupt keine Gedanken mehr machen zu wollen über das gedankenlose Abenteuer, das nun täglich neue Spitzen gegen diejenigen richtet, die es angezettelt haben. Das französische Publikum erträgt die Lächerlichkeit, daß das Fell des Bären jetzt schon verteilt und, wie üblich, bezankt wird.

Es scheint, daß auf der „Siegerseite" niemand sich vorzustellen wünscht, wie es weitergehen wird. Man glaubt immer noch, daß den Deutschen die Sitte angeboren sei, zu protestieren, um nachzugeben. Was von der deutschen Politik in diesen vier Jahren über das hinaus geschehen ist, was wir eigentlich leisten konnten, ist geschehen, um das Ruhrgebiet zu retten, auf das der größte Teil unseres wirtschaftlichen Urkapitals und fast ein Drittel unserer Industrietätigkeit konzentriert sind. Deutschland hat überdies geglaubt, daß mit dem Aufhören der blutigen Opfer die Kriegspsychose aufhören müsse. Die ganze Welt hat diesen Glauben geteilt, aber allein Frankreich hat ihn getäuscht. Nachdem die Ruhr jetzt unter Frankreichs Macht, nicht um seine Macht gekommen ist, hat sich die Lage für Deutschland vollkommen geändert. Man muß es immer wiederholen, Deutschland hat nichts weiter zu verlieren. Es muß seine wahre Existenz verteidigen und die Periode der Nachkriegszeit, in der wir gaben, um zu behalten, ist abgeschlossen. Wenn Deutschland in der Ruhrsache weichen wollte, wäre das Selbstmord aus Furcht vor dem Tode. Im Kampfland selbst ist diese Ueberzeugung vollkommen durchgehend. Nirgendwo in Deutschland ist die Lebensbejahung so stark und so breit wie in diesem Lande schwerster, seine Werte aus dem Boden hervortürmender Arbeit. Hier herrscht, um es mit einem Wort zu sagen, eine rentnerfeindliche Gesinnung. Um was es sich bei den Menschen hier handelt, ist letzten Endes ihre Arbeit. Wenn Frankreich diese Fabriken und Gruben, weil es ihrer nicht habhaft werden kann, zerstören würde, so bleiben immer unsere wirtschaftliche, technische Organisation und die Kohle unter dem Boden, und darum würde auch dann der Kampf weitergehen. Das ist der Entschluß, der hier überall gefaßt ist und diese Beschreibung ist nicht am Schreibtisch herausgetüftelt, sondern dieser Gedanke wird hier überall klar geäußert. „Wir allein verstehen es, dies alles zu besitzen, und wir allein wären imstande, es wieder aufzubauen." Die französische Absicht liegt in einer sehr anderen Richtung. Der französische Imperialismus ist naiv genug, zu glauben, die Ruhrschätze ließen sich heben ohne Rücksicht auf die Menschen, die sie geformt haben. Niemand hier glaubt, daß es der französischen Begehrlichkeit gelingen könnte, sich zwischen die Werke des Ruhrgebietes und die Menschen zu drängen, die mit Kopf und Hand diese Werte schufen. „Technisch unmöglich." Weder die Direktoren und Unternehmer, noch die Arbeiter, die die vollkommene Unfähigkeit der Präzedenzen gesehen haben, halten es für möglich. Sie kennen ihre Werte. Es ist ein vollkommener Irrtum, daß hier ein Nachgeben in Frage kommen könnte durch Zwangsbeteiligung, Kompromisse oder ähnliche Konferenzfrüchte. Nichts ist bedauerlicher, als daß der von ein paar verführten jugendlichen Kommunisten umgebene französische Geheimdienst die Herren in Paris, und nicht nur dort, so schlecht über das orientiert, was hier gesprochen, und darüber, wie hier gehandelt wird.

Die Franzosen sind entschlossen, bis zum bitteren Ende zu gehen; wir glauben es ihnen, daß sie das selbst glauben. Aber wie bitter dies Ende sein könnte, wie weit der Weg, davon machen sie sich keine Vorstellung. Und nur wer im Kontakt mit diesem Lande, in der Nähe und in täglicher Berührung mit ihm lebt, kann sich einen vollen Begriff davon machen. Wir möchten in aller Interesse raten, daß jedermann seine Gedanken auf den Kampf, der hier geführt wird, richtet und in sein Wesen einzudringen versucht und danach abmißt, was sich wirklich erwarten läßt.

Es sind nicht nur die Pariser, die das Fell des Bären verteilen. Wenn in England Großindustrielle und Kapitalisten der Meinung sein sollten, sie könnten mit den Franzosen zusammen die Ruhrschätze in Regie nehmen, so ist ihr Irrtum nicht minder groß. Die französischen Räubereien werden hier nicht für akzeptabel gehalten, wenn andere die Beute mitgenießen wollen. Wenn diese Kreise existieren sollten, so mögen sie doch einen einigermaßen sehkräftigen Herrn herschicken, und sie werden über die dreißig Millionen Pfund anders disponieren, die sie jetzt vielleicht schon kalt stellen. Der Glaube, mit deutschem Eigentum brauche man es nicht genau zu nehmen, ist wirklich weit verbreitet. Einige für ihre Aufgabe wenig geeignete Vertreter der englischen Arbeiterpartei haben, nachdem sie überall Besuche gemacht haben, berichtet, eine Internationalisierung des Ruhrgebiets unter Völkerbundsägide sei den Arbeitern an der Ruhr angenehm. Diese Erklärung hat hier bei den Arbeitern das größte Erstaunen hervorgerufen. Vermutungen, woher diese Engländer ihre Beobachtungen haben, führen immer nach derselben Richtung. Aber die Kommunisten spielen wirklich nicht, wie sie gern sagen: „noch" nicht, eine Rolle hier.

Für Verwischungen klarer Rechtslagen ist der Völkerbund eine äußerst wertvolle Institution geworden. Einerseits für diejenigen, die unklare Verhältnisse für ihre Zwecke nötig haben, wie die Franzosen an der Saar; andererseits für diejenigen, die für die Rechtsbeugungen den guten Namen einer faulen Institution gern benutzen, wie die Alliierten im Falle der oberschlesischen Entscheidung. Man muß sich in England darüber klar sein, wie vollkommen der Völkerbund gerade in den breiten Massen Deutschlands sich diskreditiert hat, und man kann immer nur bitten, daß die Ungläubigen oder Besserwissenden sich in Person davon überzeugen, wie stark sich die Abneigung gegen den Völkerbund, wie er heute ist, bei der Arbeiterschaft im Ruhr-

Wer in unzählbaren Wunden,
Jener Fremden Hohn empfunden,
Brüder, wer ein deutscher Mann,
Schließe diesem Kampf sich an!

Heinrich von Kleist.

Gebt zum Deutschen Volksopfer, es ist unser einziges Kampfmittel für die Helden an Ruhr und Rhein.

Spendenliste auf der 4. Seite des Hauptblattes.

Vor einer Regierungserklärung über die neuen Gewaltakte.

Zusammentritt des Reichstags am Dienstag.

Die Reise des Kanzlers nach Süddeutschland aufgeschoben.

Die Reichsregierung ist gestern nachmittag zu einer Sitzung zusammengetreten, um sich mit den neuen französischen Gewaltakten gegen Darmstadt, Mannheim und gegen die Besetzung des Karlsruher Hafens und die hierdurch geschaffene Lage zu beschäftigen. Die Beratungen über die von der Regierung zu treffenden Maßnahmen sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Sie dürften im Laufe des heutigen Sonntag fortgesetzt werden. In der gestrigen Kabinettssitzung wurde beschlossen, den Reichstag, der bekanntlich erst am Donnerstag wieder zusammentreten sollte, bereits für Dienstag nachmittag 5 Uhr einzuberufen. In dieser Sitzung wird der Reichskanzler eine Regierungserklärung über die neue Lage abgeben. Aus der beschleunigten Einberufung des Parlaments darf wohl geschlossen werden, daß die Maßnahmen der Regierung sich diesmal nicht auf die Protestnote beschränken werden. Infolge der beschleunigten Einberufung des Reichstags muß naturgemäß auch die beabsichtigte Reise des Kanzlers nach Süddeutschland aufgeschoben werden. Ob sich an die Regierungserklärung eine politische Aussprache anschließen wird, steht noch nicht fest. Dies wird von den bevorstehenden Besprechungen des Kanzlers mit den Parteiführern abhängen. Vor dieser Aussprache dürften sich die Parteien miteinander in Verbindung setzen, um eine Einigung in der parlamentarischen Behandlung der Regierungserklärung herbeizuführen.

*

Es ist begreiflich, daß angesichts der Verschärfung der Lage im besetzten Gebiet, wie sie durch den weiteren Vormarsch der Franzosen und die letzten drakonischen Maßregeln eingetreten ist, die Regierung den Wunsch hat, vor der Volksvertretung so schnell wie möglich ihren Standpunkt und die von ihr ins Auge gefaßten Maßnahmen darzulegen, und daß zu diesem Zweck der Reichskanzler persönlich das Wort ergreifen will. Das macht einen Aufschub der Reise nach Süddeutschland notwendig, die der Kanzler heute antreten und auf der er morgen in München, übermorgen in Stuttgart reden wollte. Die Reise war seit längerer Zeit geplant. Sie mußte infolge politischer Ereignisse schon mehrmals verschoben werden. Es wird gewiß in Süddeutschland schmerzlich empfunden werden, daß noch einmal ein Aufschub eintritt. Man wird aber zweifellos sowohl in Bayern wie in Württemberg volles Verständnis haben, daß unter den jetzigen Umständen die Anwesenheit des Reichskanzlers in der Reichshauptstadt unbedingt erforderlich ist. Es darf wohl erwartet werden, daß sich die Reichsregierung noch besonders mit der ungeheuerlichen Verordnung 147 der Rheinlandkommission beschäftigt, die pflichtreuen Eisenbahnbeamten für Erfüllung ihrer deutschen Beamtenpflicht die Todesstrafe androht, und die wohl das Ungeheuerlichste und Groteskeste darstellt, was je unter dem Namen einer Rechtsverordnung versucht worden ist.

*

Der Reichskanzler hat an den Ministerpräsidenten v. Knilling folgendes Telegramm gerichtet: Der neue frevelhafte Rechtsbruch Frankreichs legt mir die Pflicht auf, den deutschen **Protest in besonderer Sitzung** des Reichstags zu erklären. Der Präsident des Reichstags hat daher den Reichstag für Dienstag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenberufen. Das verbietet mir, den beabsichtigten Besuch in München am Montag auszuführen. Ich bedauere dies auf das lebhafteste, bin aber sicher, daß die Gründe hierfür in dem von dem Einfall betroffenen Süddeutschland gewürdigt werden. Ich bitte, den Besuch auf den ersten freien Tag verschieben zu dürfen, der zur Verfügung steht." Der Staatspräsident v. Hieber ist in gleicher Weise davon verständigt worden, daß der Reichskanzler auf den Besuch Stuttgarts am Dienstag verzichten muß.

*

Wie die „Rheinische Zeitung" mitteilt, wird der **preußische Ministerpräsident Braun** heute nicht in Köln sprechen, weil neue politische Gründe die Kölner sozialdemokratische Parteiorganisation veranlaßt haben, in letzter Stunde auf den Vortrag des preußischen Ministerpräsidenten zu verzichten.